

Gabi Huber tritt nicht mehr an

Neue Führung für FDP-Fraktion

flj. Bern · Die Urner Nationalrätin und Fraktionspräsidentin der FDP Gabi Huber zieht sich aus der Politik zurück. Nach 12 Jahren im Nationalrat tritt sie zu den Wahlen im Herbst 2015 nicht mehr an, wie die FDP am Dienstag bekanntgab. Huber wurde 2003 erstmals in die grosse Kammer gewählt, seit Februar 2008 präsidiert sie die freisinnig-liberale Fraktion. Dieser geht mit Huber eine Präsidentin verloren, deren



Gabi Huber
FDP-Fraktionschefin

Arbeit allenthalben sehr geschätzt wurde. Aus der Fraktion hört man nur Positives über ihre Arbeit. Von einem «herben Verlust», gar von einem «Schock», ist die Rede. «Gabi Huber hatte einen massgeblichen Anteil an der guten Stimmung und der Geschlossenheit unserer Fraktion», sagt Parteipräsident Philipp Müller. Auch er verbirgt die Enttäuschung über Hubers Rücktritt nicht. Dieser sei für die Partei überraschend gekommen. Die Fraktionsleitung soll nach den Wahlen neu konstituiert werden. Für Spekulationen über Hubers Nachfolge sei es viel zu früh, so Müller.

Erlaubt seien sie trotzdem: Gute Karten hätte etwa Christian Wasserfallen (Bern), der als Hoffnungsträger gilt und auch schon als Parteipräsident gehandelt wurde. Als talentiert gilt auch Andrea Caroni (Appenzell-Ausserrhoden), der allerdings mit seinen kaum verhehlten Ambitionen teilweise auch aneckt. Beide sagen auf Anfrage, es sei noch viel zu früh, sich darüber Gedanken zu machen. Möglich wäre auch ein Westschweizer Fraktionschef, um der Stärke der FDP in der Romandie Rechnung zu tragen. Infrage kämen etwa Hugues Hiltbold (Genf) oder Olivier Feller (Waadt), der überdies perfekt zweisprachig ist.

Als heisser Kandidat gilt zudem der Bündner Ständerat Martin Schmid. Zwar sitzen Fraktionspräsidenten traditionell eher im Nationalrat, doch die CVP hat mit Filippo Lombardi und zuvor Urs Schwaller gezeigt, dass es auch anders geht.

AUS DER SESSION



Neues Führungsmodell für den Bund

Die Bundesverwaltung erhält ein neues Führungsmodell. Der Nationalrat hat die Differenzen zum Ständerat ausgeräumt. Damit ist das Geschäft bereit für die Schlussabstimmung. Der Bundesrat will mit dem neuen Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB) die Steuerung von Aufgaben und Finanzen verbessern. Die Einführung ist für 2017 geplant, neu sollen sämtliche Verwaltungseinheiten mit Globalbudgets arbeiten. Budgetierung und Planung werden stärker auf Ziele und Ergebnisse ausgerichtet. So soll die Verwaltung transparenter und wirtschaftlicher werden. Im Zentrum steht der neugestaltete Voranschlag mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan. Darin werden die Tätigkeiten der Verwaltung zu Leistungsgruppen gebündelt, wobei für jede Leistungsgruppe messbare Ziele ausgewiesen werden. (sda)

Tiger fliegt vielleicht doch länger

Verteidigungsminister Maurer erwägt Verlängerung über das Jahr 2016 hinaus

Ueli Maurer beugt sich der Tiger-Lobby. Neuerdings schliesst er eine Verlängerung der Einsatzdauer für den alten Kampfjet nicht mehr aus. Eine Nachrüstung wäre aber Geldverschwendung, sagt Maurer.

Markus Häfliger, Bern

Fünf Monate nach der negativen Volksabstimmung zum Gripen vollzieht das Verteidigungsdepartement (VBS) eine Kehrtwende. In einem Auftritt vor dem Ständerat hat Verteidigungsminister Ueli Maurer nicht mehr ausgeschlossen, dass der veraltete Tiger länger in der Luft bleiben könnte als bisher vorgesehen. Es sei «denkbar, den F5 noch einige Jahre für gewisse reduzierte Aufgaben weiter im Einsatz zu lassen», sagte Maurer wörtlich.

«Rettet den Tiger»

Bisher war geplant, die verbliebenen 54 Kampfjets vom Typ F5 Tiger, deren technologische Grundkonzeption aus den 1960er Jahren stammt, 2016 definitiv auszumustern. Das war auch die Position, die das VBS im Abstimmungskampf zum Gripen vertrat. Auch nach der Abstimmung schlossen die Departements- und die Armeeführung eine Verlängerung jeweils aus. Noch am 4. September beantwortete Armeechef André Blattmann die Frage nach einer möglichen Verlängerung über das Jahr 2016 hinaus negativ. «Es wäre völlig unglaubwürdig, wenn die Armee den Kauf eines neuen Kampfjets fordert und nach dem Nein des Stimmbvolks plötzlich sagt, der Tiger genüge jetzt trotzdem noch für

gewisse Aufgaben», sagte Blattmann damals in einem NZZ-Interview.

Seit dem Gripen-Nein haben militärische Verbände sowie bürgerliche Parlamentarier aber ein beträchtliches Lobbying für den Tiger aufgezeigt. Die Gruppe Giardino sammelt derzeit Unterschriften für eine Petition «Rettet den Tiger», Parlamentarier reichten Vorstösse ein. Im Ständerat machte sich am Dienstag Isidor Baumann (Uri, cvp.) zum Advokaten eines zweiten Frühlings für das alte Flugzeug. Im Rat sagte Baumann, nach dem Nein zum Gripen müsse man die Lage neu beurteilen. Zumindest ein Teil der Tiger-Flotte solle weiterfliegen; Baumann bezweifelte auch, dass eine Aufrüstung so teuer wäre, wie das Verteidigungsdepartement sagt.

Neben militärischen nannte Baumann für einen Weiterbetrieb des Tigers auch ein abstimmungspolitisches Argument: Falls die Armee sich für die nächsten zehn Jahre mit den 32 F/A-18 zufriedengebe, werde man den Stimmbürgern in zehn Jahren kaum glaubhaft begründen können, dass es plötzlich wieder mehr Flugzeuge brauche, meinte Baumann. Er sei überzeugt, dass das Parlament auch bereit sei, für eine Aufrüstung der Tiger Geld zu sprechen.

In diesem Punkt bleibt Maurer jedoch hart. Er beschrieb eine Aufrüstung des Tigers als reine Geldverschwendung. Laut Maurers Ausführungen würde ein sinnvolles Upgrade der Tiger-Flotte 900 bis 1300 Millionen Franken kosten, ohne dass das Flugzeug damit zum modernen und kompetitiven Jet würde. «Auch ein upgradetes Flugzeug bleibt ein altes Flugzeug» und könne seinen Auftrag nicht erfüllen, sagte Maurer. Er schliesst deshalb weiterhin aus, dass der Bundesrat

dem Parlament ein Upgrade vorschlagen werde. Hingegen hält es der VBS-Chef neuerdings für «denkbar», den Tiger noch einige Jahre im heutigen Zustand für «reduzierte Aufgaben» weiterfliegen zu lassen.

Parlament entscheidet

Maurers Kehrtwende in dieser Sache dürfte damit zu tun haben, dass voraussichtlich das Parlament letztinstanzlich über die Ausmusterung des Tigers entscheiden wird. Bisher lag die Ausmusterung von Rüstungsgütern zwar in der Kompetenz der Regierung. Dies soll sich aber ändern. Zusammen mit dem Rüstungsprogramm 2014 legte der Bundesrat erstmals auch eine Liste mit den ausser Dienst zu stellenden Waffensystemen vor – dazu zählte notabene auch der Tiger. Doch beide Kammern haben es abgelehnt, auf diesen Teil des Rüstungsprogramms einzutreten. Einer der in der Debatte genannten Gründe dafür war, dass es momentan gar keine genügende Rechtsgrundlage für solche Ausmusterungs-Entscheide des Parlaments gebe. Unterschwellig dürfte aber auch der politische Support für den Tiger dazu geführt haben, dass beide Kammern das Ende des Tigers vorerst nicht beschliessen wollten.

Am Dienstag teilte Maurer im Ständerat mit, sobald die entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen sei, werde er die Ausmusterungsvorlage noch einmal vorlegen, entweder 2016 oder vielleicht auch erst 2017. Nur schon aufgrund dieses Zeitplans dürfte sich die Ausmusterung des Tigers um ein oder zwei Jahre verzögern. Und das Parlament hätte dann die Möglichkeit, das Tiger-Grounding noch weitere Jahre hinauszuschieben.

Rufe nach IS-Verbot werden lauter

Eine Motion fordert Notrecht gegen die Terrororganisation

Der Bundesrat soll die Terrororganisation Islamischer Staat in der Schweiz verbieten. Vierzig Nationalräte aller Parteien haben eine entsprechende Motion unterschrieben.

ing. · Die Gefahr, die von der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) ausgeht, wird auch in der Schweiz wahrgenommen. Die Berner SVP-Nationalrätin Andrea Geissenbühler hat am Montag eine Motion eingereicht. «Der Bundesrat wird beauftragt, die islamische Terrororganisation per Notrecht zu verbieten», lautet der kurze Text.

Die Schweiz dürfe nicht als Zufluchtsort missbraucht werden, schreibt Geissenbühler in der Motion. Es dürfe nicht geduldet werden, dass sich Terror-

organisationen hierzulande organisieren. Die Bernerin fordert klare Richtlinien, um gegen den IS vorzugehen.

Die Motion ist überparteilich breit abgestützt. Corina Eichenberger von der FDP, der BDP-Politiker Urs Gassche, Ida Glanzmann von der CVP, die SP-Frau Chantal Galladé und auch Balthasar Glättli von den Grünen gehören zu den vierzig Unterzeichnenden.

In Deutschland ist die Terrororganisation seit knapp zwei Wochen verboten. Seither werden auch in der Schweiz die Rufe nach einem Verbot lauter. Letzte Woche verkündete der CVP-Präsident Christophe Darbellay via Twitter: «Ich bin für ein IS-Verbot. Für Extremismus hat es hier keinen Platz.»

Der Bundesrat sieht momentan aber keinen Handlungsbedarf. Die rechtlichen Voraussetzungen, um Organisationen zu verbieten, seien in Deutschland

grundlegend anders als in der Schweiz, schreibt die Regierung in der schriftlichen Antwort auf die Frage von Ida Glanzmann (cvp., Luzern).

Die Kriterien für eine unmittelbar drohende schwere Störung der inneren und äusseren Sicherheit seien derzeit nicht erfüllt. Die Lage werde aber aufmerksam verfolgt, um bei Bedarf Massnahmen einzuleiten, so der Bundesrat. Zudem sei die Diskussion über eine gesetzliche Grundlage für Organisationsverbote noch nicht abgeschlossen.

Bisher wurden in der Schweiz erst zwei Organisationen wegen Gefährdung der Sicherheit des Landes verboten: im Jahr 1936 die nationalsozialistische Partei Adolf Hitlers und nach den Terroranschlägen 2011 die Kaida. Laut der «Berneer Zeitung» läuft das Kaida-Verbot 2015 aus. Eine Verlängerung des Notrechts sei rechtlich nicht möglich.

Konferenz für ältere Arbeitnehmer

Der Ständerat erhöht den Druck zur Umsetzung der Fachkräfte-Initiative

flj. Bern · Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, setzt der Bundesrat auch auf Wiedereinsteigerinnen und ältere Arbeitnehmer. Doch nach Ansicht des Ständerates wird diesbezüglich noch zu wenig gemacht. Er hiess am Dienstag zwei Postulate gut, die weitere Massnahmen fordern. Der Ständerat verlangt einerseits die Durchführung einer nationalen Konferenz zum Thema «Ältere Arbeitnehmende». Ein entsprechendes Postulat von Paul Rechsteiner (St. Gallen, sp.) wurde mit 35 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

Der Bundesrat hatte das Postulat ursprünglich abgelehnt, weil er keinen Mehrnutzen sah. Doch Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann liess durchblicken, dass er dem Anliegen offen gegenübersteht: «Der Arbeitgeberverband hat sich für diese Konferenz

ausgesprochen, die Sozialpartner haben sich gefunden.» Er könne zwar nicht den bundesrätlichen Antrag widerrufen, «aber Sie hören, was ich sage».

Auch für Mütter, die den Wiedereinstieg ins Berufsleben suchen, wird nach Ansicht des Ständerats noch nicht genug getan. Der Bundesrat muss nun prüfen, ob mit einem Konzept Wiedereinsteigerinnen gefördert werden könnten. Ein entsprechendes Postulat von Konrad Graber (Luzern, cvp.) wurde stillschweigend überwiesen.

Gefordert ist aber nach Ansicht der kleinen Kammer insbesondere die Wirtschaft. «Konzepte sind gut, Taten der Unternehmen sind besser», sagte Anita Fetz (Basel-Stadt, sp.). Zu viele Unternehmer in der Schweiz hätten immer noch nicht begriffen, dass sich fundamental etwas geändert habe seit der

Abstimmung über die Zuwanderungsinitiative, kritisierte sie.

Ähnlich äusserte sich auch Graber. Sein Vorstoss sei jedoch kein Ausfluss der Volksabstimmung. Der CVP-Ständerat verwies auf die Babyboomer-Generation, die nun ins Pensionsalter kommt. «Die Wirtschaft muss heute mit politischer Unterstützung dafür sorgen, dass es morgen nicht an Fachkräften mangelt», sagte Graber.

Beim Bundesrat rannte er mit seinem Vorstoss offene Türen ein. Die Unternehmer nahm Schneider-Ammann jedoch in Schutz: Diese hätten spätestens nach dem Ja zur Zuwanderungsinitiative verstanden, dass etwas gehen müsse. Die Wirtschaftsverbände müssten jetzt eine Chance bekommen, sagte Schneider-Ammann. Schnelle Resultate dürfe man aber nicht erwarten.

«Gut gemeint»

Nationalrat berät GLP-Initiative

Die Volksinitiative «Energie statt Mehrwertsteuer» der Grünliberalen hat einen schweren Stand. Der Nationalrat fasst am Donnerstag seine Parole.

For. Bern · Die Grünliberalen kämpfen am Dienstag im Nationalrat tapfer für ihre Volksinitiative «Energie statt Mehrwertsteuer». Parteipräsident Martin Bäumle und seine Kollegen versuchten bei kritischen Voten umgehend mit Rückfragen korrigierend einzugreifen. Die Grünliberalen verlangen mit ihrer Initiative, die Mehrwertsteuer abzuschaffen und durch eine Steuer auf nicht erneuerbare Energieträger zu ersetzen. Das Anliegen stiess bei Vertretern der Linken und der Mitte auf ein gewisses Wohlwollen. Der Vorschlag sei auf den ersten Blick sympathisch, sagte Daniel Fässler (cvp., Appenzell Innerrhoden).

Schrumpfendes Substrat

Bei genauerer Betrachtung habe er dafür aber nur noch das Prädikat «gut gemeint» übrig. Die Idee, mit einer steuerlichen Massnahme die Energieeffizienz zu erhöhen, erneuerbare Energien zu fördern und den Ausstoss von CO₂-Emissionen zu reduzieren, sei zwar visionär, finanz- und wirtschaftspolitisch jedoch nicht zu Ende gedacht. Fässler wies darauf hin, dass sich ein vernünftiges Lenkungsmodell an der Schädlichkeit der Emissionen und nicht an den Einnahmen aus der Mehrwertsteuer zu orientieren habe. Diese ist mit Einnahmen von jährlich 22 Milliarden Franken die wichtigste Finanzierungsquelle des Bundes. Aufgrund der lenkenden Wirkung der Energiesteuer werde das Steuersubstrat kleiner, kritisierten mehrere Votanten.

Grünliberale widersprechen

Bäumle wies diese Kritik zurück. Die Initiative sei so ausgelegt, dass der Ertrag der Energiesteuer mit der Kopplung an das Bruttoinlandprodukt den Ertrag aus der Mehrwertsteuer absichert. Mit der Abnahme des Verbrauchs steige der Preis für nichterneuerbare Energien. Sollte wider Erwarten zwischen 2030 und 2050 der Verbrauch nichterneuerbarer Energien sehr gering sein und der Preis sehr hoch, ist es laut Bäumle eine Kleinigkeit, auch die erneuerbaren Energien in dieses System einzubauen. Auch diese hätten Auswirkungen auf die Umwelt.

Die Grünliberalen gehen davon aus, dass punkto Energie und Ökologie durchschnittliche Konsumenten mit der Initiative gleich viel bezahlen würden wie heute mit der Mehrwertsteuer. Um diese zu ersetzen, rechnet der Bundesrat für 2020 mit einer Steuer von 3,3 Franken pro Liter Heizöl, von 3 Franken pro Liter Benzin und von 33 Rappen pro Kilowattstunde Strom. Für energieintensive Branchen sind laut den Initianten Ausnahmen vorgesehen. Wirtschaftsvertreter befürchten, dass Unternehmen künftig stärker belastet würden als heute.

Ablehnung wahrscheinlich

Der Nationalrat wird am Donnerstag die Debatte fortführen. Da mit Ausnahme der Grünen alle Fraktionen die Initiative ablehnen, wird nach dem Ständerat voraussichtlich auch der Nationalrat die Initiative dem Stimmbolk mit deutlicher Mehrheit zur Ablehnung empfehlen. Einen schweren Stand dürfte auch der Minderheitsantrag von Grünen, SP und GLP haben, die einen direkten Gegenvorschlag zur Initiative fordern. Auf diesem Weg soll in der Verfassung eine rechtliche Grundlage für eine Energielenkungsabgabe geschaffen werden, die zurückverteilt würde.

Das wäre eine Brücke für jene, denen die Initiative zu weit gehe oder die mit deren Ansatz nicht einverstanden seien, sagte Bastien Girod (gps., Zürich). Die FDP lehnt den Antrag ab und propagiert stattdessen ihr eigenes energetisches Lenkungsmodell, das sie als parlamentarische Initiative eingereicht hat.